

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Stephan Hellwig
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Gerold Tholen
Beigeordneter Joachim Tjaden

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Johann Janssen

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Peter Müller
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtkämmerer Heiko Hoff

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Peter Gniech
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Stellv. Fachbereichsleiter Finanzwirtschaft Stefan Kück
Fachbereichsleitung Rechtsamt Marion Fiedelak
Torsten Klebba – Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
Lars Stecker – Fachbereich Kommunikation & Koordination

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 8

C. Nichtöffentlicher Teil auf Seite 9

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 5 Antrag der CDU-Fraktion: "Keine Grabsteine aus Kinderarbeit auf unseren Friedhöfen"
- 6 Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen: Resolution gegen die Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft
- 7.1.1 Bebauungsplan Nr. 211 – Hafengroden - Behandlung der Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss
- 8 Arbeitskreis "Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"
- 8.1 Bericht des Arbeitskreises
- 8.2 Beschlussfassung über Ergebnisse und Anträge des Arbeitskreises

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend informierte **Herr Schmidt**, dass die ehemalige Ratsfrau Brigitte Fiedler am 29.12.2009 im Alter von 69 Jahren verstorben sei und rief zu einer Gedenkminute zu Ehren der Verstorbenen auf.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Tjaden monierte die auf der Ratseinladung fehlende Uhrzeit für den Sitzungsbeginn. Dies erschwere den Bürgern die mögliche Teilnahme an der Sitzung; gemäß Geschäftsordnung sei die Angabe der Uhrzeit für den Sitzungsbeginn sogar gefordert. Seiner Meinung nach sei die Einladung damit nicht ordnungsgemäß erfolgt.

Herr Stoffers führte dazu aus, dass gemäß dem Grundsatz der Öffentlichkeit tatsächlich Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung ortsüblich bekannt zu machen seien. Die Verwaltung vertrete die Auffassung, dass mit der Formulierung „im Anschluss an...“ dieser Voraussetzung Genüge getan sei. Eine Rechtsproblematik ergebe sich aus der vorliegenden Einladung daher nicht. Da aus technischen Gründen die Anfangszeit im Internet mit 15.30 Uhr angegeben worden sei, sei der Beginn der Ratssitzung nunmehr auf diesen Zeitpunkt festgelegt worden, um den Bürgern die Möglichkeit zu eröffnen, zum angegebenen Zeitpunkt der Ratssitzung beizuwohnen.

Herr Tjaden widersprach dieser Auslegung und *beantragte die Absetzung der Ratssitzung aufgrund der Verletzung der Geschäftsordnung.*

Der Antrag von Herrn Tjaden auf Absetzung der Ratssitzung wurde mehrheitlich abgelehnt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.08.2009

Herr Dr. von Teichman bat, auch die übrigen ausstehenden Protokolle nunmehr zeitnah nachzureichen.

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.08.2009 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Für die „aktuelle Stunde“ lagen keine Beratungsgegenstände vor.

5 Antrag der CDU-Fraktion: "Keine Grabsteine aus Kinderarbeit auf unseren Friedhöfen"

Herr Langen trug den folgenden Antrag der CDU-Fraktion vor und begründete diesen anschließend:

„Der Rat der Stadt möge beschließen:

Auf den städtischen Friedhöfen sollen keine Grabsteine mehr aufgestellt werden dürfen, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Friedhofssatzung unserer Stadt dahingehend zu ändern, dass Grabsteine aus Kinderarbeit nicht mehr aufgestellt werden dürfen.“

Herr Kottek erläuterte, es gebe ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes zu diesem Thema, wonach die bestehenden Bestimmungen der Münchener Friedhofssatzung zu Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit nicht wirksam seien. Auch im Saarland sei aufgrund dieser Problematik das Saarländische Bestattungsgesetz entsprechend angepasst worden. Im Niedersächsischen Bestattungsgesetz fehle jedoch eine vergleichbare Grundlage. Somit sei zunächst das Land gefordert, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Herr Neumann signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Antrag. Jedoch werde seitens der SPD-Fraktion **beantragt**, den Antrag der CDU aufgrund der unklaren Rechtslage an den Betriebsausschuss Straße und Grün als zuständigen Fachausschuss mit der Auflage zu verweisen, dass seitens der Landesregierung zunächst die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen seien, um das Anliegen auch in Wilhelmshaven zu verwirklichen.

Herr Dr. von Teichman begrüßte diesen Antrag ebenfalls, mahnte jedoch gleichzeitig, die Anliegen, mit denen sich der Rat zu befassen habe, nicht zu weit zu fassen. Außerdem sehe er nicht nur den Rat, sondern auch die Bürger wie auch die Steinmetz-Betriebe in der Verantwortung, derartige Grabsteine nicht auszuwählen bzw. anzubieten. Aus diesem Grunde laute der **Änderungsantrag der FDP-Fraktion**, den 2. Satz des Antrages der CDU-Fraktion zu streichen.

Herr Tjaden machte darauf aufmerksam, dass es in zahlreichen anderen Bereichen ähnlich gelagerte Probleme gebe. Zudem halte er es für sinnvoller, sich zunächst an die Landesregierung zu wenden, um eine wirksame Rechtsgrundlage zu erhalten, bevor der Antrag an den zuständigen Fachausschuss verwiesen werde. Dieser könne ohne rechtliche Voraussetzung ohnehin nichts bewirken.

Herr Biehl zeigte sich erfreut über die Übereinstimmung in der Sache ansich und schlug ergänzend vor, zur entsprechenden Sitzung des Fachausschusses auch Steinmetze an der Diskussion zu beteiligen.

Der Antrag auf Verweisung an den Fachausschuss „Betriebsausschuss Straße und Grün“ wurde daraufhin einstimmig angenommen.

6 Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen: Resolution gegen die Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft

Frau Aljets trug die gemeinsam von der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen beantragte Resolution wie folgt vor:

„Die Stadt Wilhelmshaven muss zurzeit ca. 24 Mio. € jährlich für die Kosten der Unterkunft aufwenden. Davon trägt der Bund in 2009 noch einen Anteil von 25,4 %. Dieser Anteil soll ab 2010 auf 23 % abgesenkt werden. Dies würde allein bei der Stadt Wilhelmshaven zu einer zusätzlichen Belastung von rd. 600.000 €/Jahr führen, ohne dass die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft in gleichem Maße gesunken sind.

Wie bereits in einer gemeinsamen Stellungnahme von Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag und Deutschem Städte- und Gemeindebund vom 27.11.2009 ausgeführt, hat die bisherige Anpassungsformel für die Kommunen erhebliche nachteilige Wirkung entfaltet.

Die bisherige Anpassungsformel orientiert sich ausschließlich an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und nicht - wie es eigentlich erforderlich wäre - an den tatsächlichen Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft. Dies führt zu dem Ergebnis, dass die Bundesbeteiligung trotz ständig steigender Ausgaben für die Kosten der Unterkunft seit 2008 sinkt.

Schon bei der Absenkung des Betrages für 2008 hatte der damalige Minister Söder für die Bayerische Staatsregierung erklärt: „Wir werden uns deshalb für eine rasche Neuberechnung einsetzen, welche die tatsächliche Ausgabenentwicklung realistisch abbildet. Alles andere wäre ein schwerer finanzieller Schlag für die Kommunen und eine große Ungerechtigkeit.“

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fordert die Bundesregierung daher auf:

- 1. den Anteil an den Kosten der Unterkunft ab 2010 nicht zu verringern*
- 2. mit den Kommunen ein Abrechnungsverfahren zu entwickeln, dass der tatsächlichen Belastungssituation entspricht.“*

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass auf Bundesebene derzeit der Vermittlungsausschuss mit dieser Angelegenheit betraut und damit das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Er rate aus diesem Grunde, die Resolution direkt an den Vermittlungsausschuss zu senden sowie an Herrn Minister Bode als Wirtschaftsminister des Landes Niedersachsen und damit Bindeglied zwischen Landtag und Vermittlungsausschuss. Die FDP-Fraktion werde den Antrag selbstverständlich unterstützen.

Frau Biester verlieh ihrem Bedauern Ausdruck, dass der Antrag die Problematik ausschließlich aus finanzpolitischer Sicht betrachte. Dies werde den Empfängern dieser Unterstützung nicht gerecht. Es sei aus ihrer Sicht wesentlich hilfreicher darüber zu diskutieren, mit welchen politischen Instrumenten Arbeitsplätze geschaffen werden können. Da sich zu der im Antrag beschriebenen Thematik ohnehin bereits sämtliche kommunalen Spitzenverbände wie auch die Ministerpräsidenten der Länder kritisch an den Bund gewandt hätten, prognostiziere sie die Wirkungslosigkeit dieser Resolution. Dennoch werde die CDU-Fraktion dem Anliegen zustimmen.

Frau Aljets zeigte sich mit der von Herrn Dr. von Teichman vorgeschlagenen Adressänderung der Resolution einverstanden. Anschließend begründete sie die Hervorhebung gerade des finanziellen Aspektes und dessen Bedeutung für die Stadt. Die SPD-Fraktion werde sich dem Problem jedoch auch von anderer Seite nähern; ein entsprechender Antrag läge für die nächste Ratssitzung bereits vor.

In der anschließenden Abstimmung wurde die Resolution gegen die Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft auf Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen **einstimmig angenommen**.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)

7.1.1 Bebauungsplan Nr. 211 – Hafengroden - Behandlung der (1/2010)
Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.01.2010 vor.

Oberbürgermeister Menzel stellte die Bedeutung des Beschlusses über den Bebauungsplan Nr. 211 im Zusammenhang mit dem JadeWeserPort heraus und machte deutlich, wie hoch der Aufwand zur Vorbereitung war. In diesem Zusammenhang wolle er allen Beteiligten für die gute Vorarbeit danken. Oberbürgermeister Menzel zeigte sich optimistisch hinsichtlich der Besiedlung dieses Gewerbegebietes und der damit verbundenen Auswirkungen, auch für den Hafen und die Region. Vor diesem Hintergrund verwundere ihn jedoch das Vorhaben des zukünftigen Betreibers, erst zu einem späteren Zeitpunkt mit dem Hafenumschlag zu beginnen. Er selbst hingegen sehe nach wie vor als Datum für die Umschlagsaufnahme den November 2011 und vertraue auf das Land, diese vertraglichen Bedingungen gegenüber dem Betreiber durchzusetzen. Dies sei nicht zuletzt für die Planungssicherheit der Stadt unabdingbar.

Abschließend hob Oberbürgermeister Menzel die gute Zusammenarbeit mit der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft wie auch mit der JadeWeserPort-Logistic Zone hervor.

Herr Dr. von Teichman mahnte, hinsichtlich der Inbetriebnahme auf öffentliche Verurteilungen zu verzichten, sondern zur Vermeidung von Unstimmigkeiten das Gespräch mit dem Betreiber zu suchen. Seine Fraktion begrüße diesen Satzungsbeschluss ausdrücklich. Dieser eröffne nunmehr die Möglichkeit, im Hinterland des Hafens Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Herr Dr. von Teichman verlieh weiterhin seiner Hoffnung hinsichtlich der prognostizierten Beschäftigungszahlen Ausdruck. Sollten diese zutreffen, sehe er wesentliche Probleme der Stadt, nämlich im Bereich Arbeitslosigkeit und bei den städtischen Finanzen, in überschaubarer Zeit gelöst.

Als einzigen Problempunkt sehe er jedoch die geplante Chlorgasleitung. Seine Fraktion hoffe, dass die Betreiber mit Hilfe von Alternativen auf den Bau dieser Leitung verzichten können.

Herr Tjaden zeigte sich skeptisch im Hinblick auf die erwarteten Vorteile und warnte vor verfrühtem Optimismus bei den geplanten Gewerbeansiedlungen. Er sehe darüber hinaus weitere Probleme bei den Zufahrten zum Gewerbegebiet und dem Lärm, der sich aus dem Lieferverkehr ergebe und der bereits auch durch den Baustellenverkehr bestehe. Die im Gutachten genannten Werte könne er aus eigener Anschauung nicht nachvollziehen.

Herr Prof. Reuter appellierte, die bereits in der Vergangenheit zur Genüge begutachteten und diskutierten Problempunkte nicht erneut zu diskutieren. Im Übrigen werde auch die CDU-Fraktion dieser Beschlussvorlage vorbehaltlos zustimmen.

Herr Schmidt hielt den Ausführungen von Herrn Tjaden entgegen, dass die im Gutachten genannten Zahlen nichts anderes sein können, als reine Prognosen. Bei den Gutachtern handele es sich um qualifizierte Fachleute, so dass man sich durchaus auf diese Ergebnisse verlassen könne. Er zeigte sich erfreut, dass der Rat der Stadt den Hafen als Leuchtturmprojekt auf den Weg gebracht hat. Insgesamt sei er sich optimistisch, dass auch die Problemfelder beseitigt werden können.

Abschließend wolle auch er dem Stadtbaurat wie auch den Mitarbeitern der Bauverwaltung Dank sagen. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen.

Herr Harms mahnte in Richtung Herrn Tjaden, Tatsachen nicht aus dem Zusammenhang zu reißen und damit das gesamte Hafenbauvorhaben in ein schlechtes Licht zu rücken.

Herr Radmer begrüßte die Fertigstellung dieses Bebauungsplanes als weiteren Schritt zur Inbetriebnahme des Hafens. Gleichwohl sehe er den fehlenden Ersatz für den Geniusstrand als problematisch. In diesem Zusammenhang sei die zeitnahe Vorlage des nach wie vor ausstehenden Tourismuskonzeptes gefordert.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 211 - Hafengroden - als Satzung.

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Die Begründung in der Fassung vom 30.12.2009 wird mit den Angaben nach §2a BauGB beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

8 Arbeitskreis "Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"

8.1 Bericht des Arbeitskreises

Herr Neumann berichtete über die bisherige Tätigkeit des Arbeitskreises: Nach Durchsicht des Beteiligungsberichtes habe es eine erste Aussprache hinsichtlich der Notwendigkeit der Gesellschaften und Beteiligungen gegeben. Dabei sei festgelegt worden, welche Dezernenten, Geschäftsführer oder auch unabhängige Fachleute zu vertiefenden Gesprächen hinsichtlich einzelner Gesellschaften/Beteiligungen geladen werden sollten. In der kommenden Sitzung erhoffe sich der Arbeitskreis weitere Erkenntnisse aus den Haushaltsberatungen.

Herr Tjaden ergänzte, der Arbeitskreis habe zudem in dieser ersten Sitzung seine Geschäftsordnung verabschiedet. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass der Arbeitskreis Probleme habe, Fachkompetenz von außen heranzuziehen. So habe dem Wunsch nach Hinzuziehung des Kämmerers und der Beteiligungsverwaltung aufgrund der fehlenden, aber erforderlichen Einstimmigkeit nicht gefolgt werden können. Er bitte dennoch die Verwaltung, zu den Sitzungen des Arbeitskreises den Stadtkämmerer oder einen Vertreter zur Verfügung zu stellen, soweit dies möglich sei. Dies würde den Aufwand des Arbeitskreises zur Informationsgewinnung von erheblich vereinfachen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Bauermeister** erklärte **Herr Neumann** unter Verweis auf den zugrunde liegenden Ratsbeschluss, dass der Rat über anfallende Kosten des Arbeitskreises zu beschließen habe und ein erster Bericht bis zu den Haushaltsberatungen 2011 vorliegen solle. Er gebe jedoch zu bedenken, dass die Sitzungshäufigkeit des Arbeitskreises zur Einhaltung dieser Vorgabe gesteigert werden müsse.

8.2 Beschlussfassung über Ergebnisse und Anträge des Arbeitskreises

Eine Beschlussfassung erfolgte nicht; es lagen keine beschlussfähigen Ergebnisse oder Anträge der Arbeitsgruppe vor.

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates) noch Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates) vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 16:50 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin

Dateiname: 9595.16462.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 12/2010
Thema: Sitzungsdatum 13.01.2010
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Gorch-Fock-Haus, , Wilhelmshaven
Kommentar: erstellt am 11.02.2010
Erstelldatum: 11.02.2010 11:40:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 11.02.2010 11:40:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 11.02.2010 11:40:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 8
Anzahl Wörter: 2.823 (ca.)
Anzahl Zeichen: 17.792 (ca.)